

*“Why do you have to compare me with Marcos?
I’m not Marcos. I may not be as brilliant as Marcos but,
definitely, I’m more attuned to my values in life.”¹*

Kämpfen für den Frieden – Das Kriegsrecht in Mindanao

Von Anne Krahnstöver

10. August 2017

Marawi. Eine Stadt wird zum Symbol. Tausende Filipin@s flüchten vor den Detonationen. Etwa 300 Menschen sind zwischen den Fronten gefangen. Polizei und Militär kämpfen Seite an Seite gegen Mitglieder der Abu Sayaff und der Maute-Gruppe. Präsident Duterte verhängt das 60-tägige Kriegsrecht über die gesamte südliche Insel Mindanao. Zwei Monate später, am 22. Juni 2017, verlängern der Senat und das Repräsentantenhaus in einer Sondersitzung das Kriegsrecht bis zum 31. Dezember 2017. Ausschlaggebend waren der Angriff und die Einnahme der Stadt Marawi durch Mitglieder der terroristischen Abu Sayaff und der Maute Gruppe.² Was hat die Verlängerung des Kriegsrechts zur Folge?

Was ist passiert?

Der Präsident hat Ende Mai das Kriegsrecht über Mindanao verhängt, um die gesetzlose Gewalt zu unterdrücken, so Pressesprecher Ernesto Abella bei der Verkündung des Kriegsrechts.³

Seither kam es zu blutigen Auseinandersetzungen im Inneren Marawis. Sondereinsatzkommandos der Polizei kämpfen Seite an Seite mit dem Militär. Die zahlreich geflogenen Luftein-

sätze hatten die Vertreibung von etwa 170.000 Bürger*innen aus Marawi und Umgebung zur Folge. Auch nichtstaatliche Gruppierungen, wie die MILF, haben sich dem Kampf gegen den Terrorismus in Marawi angeschlossen. Der Konflikt forderte bisher schätzungsweise 600 Todesopfer. Tausende Menschen sitzen zwischen den Fronten fest. Diverse Menschenrechtsorganisationen erinnern an die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber Zivilist*innen.⁴ Nun wurde das Kriegsrecht bis zum Jahresende verlängert.

Die Verkündung des Kriegsrechts stößt auf internationalen Protest.
(Joe Catron, Flickr, CC BY-NC 2.0)



Martial Law – Was bedeutet das? Wie »effektiv« ist das Kriegsrecht?

Sektion 18 der philippinischen Verfassung von 1987 regelt die Verkündung des Kriegsrechts.⁵ Wann immer die nationale Sicherheit gefährdet ist, kann der Präsident, als oberster Befehlshaber der philippinischen Armee (AFP), das Militär auffordern, gesetzlose Gewalt und Rebellion zu unterdrücken. Wenn es die Situation erfordert, kann der Präsident das Kriegsrecht für 60 Tage ausrufen. In der Bekanntmachung Nr. 216 »Declaring the State of Martial Law and Suspending the Writ of Habeas Corpus in the Whole of Mindanao« ist das für die ganze Insel Mindanao geschehen. Damit einher geht der Verlust des Vorführungsbefehls für die Haftprüfung für Personen, die im Verdacht stehen, an der Rebellion oder Belagerung beteiligt zu sein. Jede verdächtige Person kann also ohne richterliche Anordnung festgenommen werden, muss allerdings ohne Anklage nach drei Tagen wieder freigelassen werden. In Mindanao wird von diesem Recht Gebrauch gemacht. 66 Personen wurden verhaftet, 50 von ihnen angeklagt. Die AFP nennt die Festnahmen einen vollen Erfolg, der nur unter dem Kriegsrecht erreicht werden konnte.

In einem Ersuchen des Präsidenten an den Kongress legte Präsident Duterte offen, dass die Terrorismusbekämpfung in Marawi nicht vollständig bis zum 22. Juli, dem letzten Tag des

60-tägigen Kriegsrechts, erfolgreich abgeschlossen werden könne. Es seien 379 von schätzungsweise 600 Rebellen und Terroristen unschädlich gemacht worden. Gleichwohl gelang die Festnahme oder Neutralisierung der 279 Personen, die nach Verkündung des Kriegsrechts als Zielobjekte verhaftet oder neutralisiert werden sollten, lediglich in zwölf Fällen. Das operative Zentrum der Gruppierungen bleibt damit bestehen. Aufgrund dessen sei eine Verlängerung des Kriegsrechts in Mindanao bis Ende des Jahres notwendig, so Präsident Duterte.⁶ Einen Durchbruch gab es durch das Kriegsrecht in Marawi bislang also noch nicht.

Gespaltene Meinungen in der Gesellschaft

In der Gesellschaft sind verschiedene Stimmen zu hören. Eine neue Sozialstudie fand heraus, dass die Mehrheit der Filipin@s die Verkündung des Kriegsrechts in Mindanao begrüßt.⁷ Rund 57 Prozent der 1.200 befragten Personen unterstützen die Vorgehensweise der Regierung. Am höchsten ist die Zustimmung mit 64 Prozent in Mindanao, am schwächsten ist sie mit 57 Prozent in den Visayas. Allerdings gelten diese Zahlen nur für das Kriegsrecht in Mindanao. Eine Erweiterung auf die Visayas und Luzon, einen Gedanken, den Präsident Duterte schon bei seiner ersten Stellungnahme erwähnte,⁸ hält die Mehrheit der Befragten für falsch. Gerade die Tatsache, dass Duterte aus Mindanao stammt,

beruhigt viele Bürger*innen der Insel. Sie sehen darin eine Versicherung, dass er seine Macht nicht missbrauchen und an den eigenen Leuten ausleben wird.⁹ Der Pressesprecher der AFP, Gen. Restituto Padilla, äußerte sich anlässlich dieser Zahlen sehr positiv. Die öffentliche Unterstützung bekräftigte das Vorgehen der Soldat*innen.¹⁰

Das Kriegsrecht weckt aber auch Erinnerungen an den Machtmissbrauch unter dem ehemaligen Diktator Ferdinand Marcos, der das Kriegsrecht nutzte, um politische Gegner*innen und Aktivist*innen zu eliminieren. Zwar hat die neue Verfassung Mechanismen, die den Machtmissbrauch durch Elemente der Gewaltenteilung verhindern sollen. Allerdings merken Kritiker*innen an, dass sich viele der staatlichen Institutionen Präsident Duterte unterwerfen würden, und die Mechanismen nicht mehr greifen.¹¹ Präsident Duterte äußerte sich bereits mehrfach zu dem Vergleich zum Kriegsrecht unter Marcos. Er betonte, dass er es in derselben Härte vorantreiben werde.¹²

Daher protestierten kurz nach der Verkündung tausende Filipin@s im ganzen Land. So fanden Proteste und Gebetsstunden auch in Bacolod und Quezon statt, die gegen die Einführung des Kriegsrechts und für die Freilassung von Aktivist*innen demonstrierten.^{13/14} Viele fürchten, dass das Kriegsrecht samt erweiterter Befugnisse des Militärs politische Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen begünstigt. Anlässlich der Berichte von staatlichem Machtmissbrauch gegenüber Zivilist*innen¹⁵ appellieren nationale wie internationale Organisationen für die Einhaltung der Menschenrechte und humanitäre Standards – auch unter Kriegsrecht.¹⁶ Die Menschenrechtskommission betonte, dass ein Angehen gegen terroristische Gruppierungen auch ohne das Kriegsrecht möglich sei und betont die Einhaltung der Menschenrechte mit Verweis auf diverse Anklagen gegen Soldat*innen seit der Ausrufung des Kriegsrecht.¹⁷ So berichtete eine Anwohnerin Marawis dem philippinischen Kongress von schweren Menschenrechtsverletzungen des Militärs an Filipin@s in der Stadt. »They were asked to remove their shirt, blindfold themselves, walk blindfolded. (...) Then they heard firearms and one in authority told them: Start digging your own grave.«¹⁸

Aufgrund der großen Zustimmung ertönen immer wieder Stimmen aus Mindanao, die den Protest aus den restlichen Provinzen und vor allem aus Luzon nicht gut heißen.¹⁹ Aber kritische Stimmen gibt es auch im südlichen Landesteil. Besonders seitens indigener Gruppen. Viele erinnern sich noch an die Erfahrungen der Moro unter Marcos. Andere unterstützen zwar das Kriegsrecht, haben jedoch Angst vor den Kollateralschäden, die Präsident Duterte in Kauf nehmen möchte. Jugendsprecher*innen der Indigenen Mindanaos, der sogenannten Lumad,²⁰ äußerten ihre Bedenken: »Martial law is not the solution. Many more people will die.«²¹ Präsident Duterte verkündete, dass ihm viele tausende Opfer der Lumad nichts ausmachen würden, da diese ein Rekrutierungspool der von ihm als terroristisch eingestuften kommunistischen Rebellengruppe *New People's Army*, (NPA) sein würden. Die Verfolgung von Indigenen in Mindanao wird unter dem Kriegsrecht massiv zunehmen, fürchten die Jugendleiter*innen.²² Die Bedenken sind nicht unbegründet. Immer wieder kamen Vorwürfe gegen das Vorgehen des Militärs und unaufgeklärte extralegale Tötungen von Mitgliedern der Lumad zu Tage.²³ Unter Präsident Duterte wurden 89 Lumad Schulen militärischen Angriffen ausgesetzt. »Openly threatening to bomb Lumad schools is as monstrous as it can get. First you distorted human rights, now you taunt international humanitarian law. Stop the madness already«, so Edre Olalia, Mitglied der Nationalen Anwaltsvereinigung.²⁴

Um einem Missbrauch des Martial Law entgegenzuwirken, ist in Artikel 18 der Verfassung niedergelegt, dass jeder Bürger die Ausrufung des Kriegsrechts vor Gericht prüfen lassen kann. Das Gericht muss innerhalb von 60 Tagen über die Rechtmäßigkeit der Verkündung entscheiden. Der Oberste Gerichtshof erklärte das Kriegsrecht für rechtmäßig, solange es sich nur auf Mindanao beschränke.²⁵

Was bedeutet das Kriegsrecht für die Friedensverhandlungen?

Die Gemengelage verschiedener bewaffneter Interessensgruppen in Mindanao ist sehr konfus. Mindanao ist geprägt von Konfliktlinien um

natürliche Ressourcen und Land, Korruption, Vetternwirtschaft, verschiedene separatistische muslimische Bewegungen (MILF, MNLF, BIFF) und um den bewaffneten Arm der radikalen Linken. Es treffen sehr viele Akteure aufeinander, die verschiedenen Gruppen angehören. Die Maute-Gruppierung, gegen die vorwiegend in Marawi gekämpft wird, hat neben Beziehungen zu international agierenden Terrorgruppen wie dem sogenannten IS auch Verbindungen zur Abu Sayaff. Gleichzeitig haben sie auch eine Verbindung zur *Moro Islamic Liberation Front* (MILF), die nicht unbedingt politisch-ideologischer Natur ist, sondern sich auf Verwandtschaftsbeziehungen stützt.²⁶ Aufgrund der diversen Verbindungen wurde vor dem Kongress bereits von einem möglichen Fall von Pintakasi²⁷ gesprochen.²⁸ Damit wird deutlich, dass eine klare Unterteilung in ideologische Gruppen nicht immer möglich ist.

Neben Maute und Abu Sayaff gibt es aber diverse weitere Gruppierungen. Insbesondere verschiedene Ausprägungen der radikalen Linken, die sich in erbitterten Kämpfen für eine volksdemokratische Republik einsetzt. Seit den 70er Jahren gibt es Auseinandersetzungen und Annäherungsversuche zwischen der Regierung und der radikalen Linken. Neben dem Bündnis NDFP (Federführend in den Friedensverhandlungen) agiert dessen bewaffneter Arm, die neue Volksarmee (NPA), teilweise selbstständig. Auch die NPA wurde nach drei Angriffen auf Fabriken in Mindanao von Präsident Duterte als Terrororganisation eingestuft. Unter dem Kriegsrecht soll nun auch gegen sie vorgegangen werden. In seinem Schreiben an dem Kongress mit der Bitte nach Verlängerung des Kriegsrechts schrieb er, dass bereits 111 Mitglieder der NPA unschädlich gemacht wurden.

Trotz zeitweiliger Erfolge wurden die Friedensverhandlungen mit der Linken Anfang des Jahres beidseitig aufgekündigt, ist die Klassifizierung der NPA als terroristische Rebellen und deren Bekämpfung unter dem Kriegsrecht folglich keine gute Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Gespräche. Auch in seiner Ansprache zur Lage der Nation (*State of the Nation Address SONA*) betonte der Präsident erneut, dass er nicht bereit sei, mit der Linken zu sprechen.²⁹ Für den Frieden in Mindanao und die Bürger*innen, die sich nach einer Einigung

sehen, bedeuten diese Umstände daher erneute Auseinandersetzungen ohne Hoffnung auf eine langfristige Lösung. Präsident Duterte reiht sich damit in die Tradition seiner Amtsvorgänger*innen ein.

Ein Schlüsselakteur könnte jedoch die muslimische Gruppierung MILF sein. In einem Statement einen Tag nach Verhängung des Kriegsrechtes meldete sich die MILF zu Wort und betonte, dass die vereinbarten Waffenstillstände zwischen Gruppierungen der Linken und der Regierung unbedingt eingehalten werden müssen. Militärische Operationen sollen sich lediglich auf den Einsatz in Marawi und Umgebung beschränken und sollen die Auseinandersetzungen mit der Linken in anderen Regionen nicht weiter anfachen. Die Friedensbemühungen sollen so nicht untergraben werden.³⁰ Ein Sprecher des AFP-Kommandos in West-Mindanao versicherte der MILF, dass die Soldat*innen die Vereinbarungen zwischen der Regierung und der MILF respektieren würden.³¹ Weiterhin wurde ein neuer Entwurf für das Bangsamoro-Gesetz vorgelegt, das sich mit der Regelung einer autonomen muslimischen Region in Mindanao befasst. Der Entwurf wurde von Präsident Duterte und der MILF als positive Entwicklung gewertet.³²

Wie sich das Kriegsrecht bis Ende des Jahres auf die Friedensverhandlungen auswirken wird, bleibt abzuwarten. Festzuhalten bleibt, dass die erweiterten Befugnisse und die stärkere Präsenz der AFP unter dem Kriegsrecht eine neue Herausforderung für die Verhandlungen darstellen werden.

Drogen – eine weitere »Gefahr« für die Nation

Nach Ankündigung des Präsidenten³³ besteht eine reelle Gefahr, dass das Kriegsrecht auch für den restlichen Teil des Landes ausgesprochen wird, sollten sich die Kämpfe ausweiten. Ganz unwahrscheinlich erscheint dies in Anbetracht der Aktivitäten der Abu Sayaff in Bohol und Manila nicht.³⁴

Die drohende Gefahr der Erweiterung lässt Erinnerungen an Marcos aufleben, den der amtierende Präsident oft lobend hervorhebt.



Präsident Duterte verteidigt das Kriegsrecht in Mindanao. (prachatai, Flickr, CC BY-NC-ND 2.0)

Parallelen zu dem ehemaligen Diktator sind schon wenige Monate nach dem Amtsantritt Präsident Dutertes zu erkennen. Mehrfach betonte er seine Hochachtung vor Marcos. Flächendeckend wird bereits die Drogenbekämpfung mit zunehmender Gewalt durchgesetzt. Etwa 8.000 bis 12.000 Morde an Drogenabhängigen werden nach einem Jahr Präsidentschaft geschätzt. Ein baldiges Ende der rigorosen Drogenpolitik ist bislang nicht abzusehen.

In seiner SONA am 24.7.2017 bewertete Präsident Duterte seine einjährige Amtszeit als großen Erfolg und betonte, dass er den Drogenkrieg auch weiterhin unnachgiebig vorantreiben wolle. Auch appellierte er an den Kongress, die Todesstrafe besonders für Beteiligte im Drogengeschäft möglichst schnell umzusetzen. Der nationale Notstand, der Militär und Polizei mehr Rechte bei der Umsetzung der Drogenpolitik einräumt, wurde bereits im September 2016 ausgerufen.

Die mögliche Erweiterung des Kriegsrechts auf die gesamten Philippinen würden die Kompetenzen der Polizei und der Armee flächendeckend ausbauen und ein radikales Vorgehen nicht nur gegen Terrorist*innen, sondern auch gegen Drogenhändler*innen, -konsument*innen oder auch Aktivist*innen und politische Gegner*innen unter dem Vorwand des Drogen-

kampfes rechtfertigen. So wären landesweit Hausdurchsuchungen oder vorläufige Festnahmen ohne vorigen Gerichtsbeschluss im Verdachtsfall erlaubt.

Ob das Kriegsrecht auf das gesamte Land ausgeweitet wird, bleibt aber abzuwarten. Bislang äußerte sich der Präsident nur widersprüchlich. Zwar kündigte er an, es im Zweifel auch auf die Visayas und Luzon auszuweiten, auf einer Presseerklärung nach seiner Regierungsansprache jedoch erklärte er, nicht die Absicht zu haben, das Martial Law über das gesamte Land zu verhängen.³⁵ Die faktische Grundlage für die Ausrufung des Kriegsrechts bezieht sich bislang ebenfalls nur auf Mindanao. Das wurde so auch vom Obersten Gerichtshof bestätigt. Weite Teile der Bevölkerung sind darüber hinaus auch gegen die Ausweitung auf andere Landesteile.

Sollte Präsident Duterte aber das Kriegsrecht ausweiten, kommt es auf die Zivilgesellschaft und die politischen Akteure an, ob es deckungsgleich mit Marcos Kriegsrecht sein wird. Zumindest die Verfassung von 1987 hat Vorkehrungen getroffen, um dieses Szenario zu verhindern. So regelt Artikel 18 auch, dass die Verfassung auch unter dem Kriegsrecht intakt bleibt. Wo Zivilgerichte funktionieren, sollen auch diese weiterhin Verantwortung tragen und nicht durch Militärgerichte ersetzt werden. Auch kann der Kon-

gress die Entscheidung des Präsidenten mit einer Mehrheit überstimmen und ablehnen. Darüber hinaus kann der Oberste Gerichtshof über die faktische Basis und somit die rechtliche Grundlage des verhängten Kriegsrechtes entscheiden. Bei einer Festnahme müssen inhaftierte Personen binnen drei Tagen angeklagt und nach Ablauf dieser Frist freigelassen werden.

Ob diese Schutzmechanismen greifen, hängt jedoch von den anderen politischen Organen, vor allem dem Kongress und dem Obersten Gerichtshof ab. Bislang haben sich Abgeordnete wie Richter*innen solidarisch mit dem Präsi-

den gezeigt. Unter anderem wurden oppositionelle Senator*innen öffentlich beschämt und diskreditiert, oder gar inhaftiert – wie im Fall von Leila de Lima.³⁶ Nicht zu unterschätzen ist der Druck der Zivilgesellschaft, der öffentlich die Gewaltenteilung und die Funktionsweise des Kongresses einfordern kann. Bislang reagierte ein Großteil der Nichtregierungsorganisationen und Stimmen aus der Zivilgesellschaft eher verhalten. Ob die stille Zustimmung bei der Fortführung der rigorosen Drogenpolitik und einer möglichen Ausweitung des Kriegsrechts auf die gesamten Philippinen weiterhin anhält, bleibt zu beobachten.

Quellen

- Placido, 24.7.2017, ABS-SBN News: <http://news.abs-cbn.com/news/07/24/17/im-not-like-marcos-duterte-says-no-to-nationwide-martial-law>
- Avendano, 23.7.2017, Philippine Daily Inquirer: <http://newsinfo.inquirer.net/916431/de-lima-tells-solon-national-martial-law-dont-play-with-peoples-lives>
- De Jesus, Cayabyab, 22.7.2017, Inquirer.net: <http://newsinfo.inquirer.net/916082/marawi-local-shares-harrowing-war-experiences-under-martial-law>
- Gamil, 22.7.2017, Philippine Daily Inquirer: <http://newsinfo.inquirer.net/916172/chr-marawi-crisis-can-be-addressed-without-martial-law-extension>
- Nato, 12.7.2017, Inquirer.net: <http://newsinfo.inquirer.net/913278/public-support-for-martial-law-validates-afp-action-in-mindanao-padilla>
- Social Weather Station, 11.7.2017, sws.org: <https://www.sws.org.ph/swsmain/artcldisppage/?artcsyscode=RT-20170711185116>
- Enano, 22.7.2017, Philippine Daily Inquirer: <http://newsinfo.inquirer.net/916194/activists-press-for-release-of-arrested-martial-law-protesters>
- News Release, 29.5.2017, Bayan: <http://www.bayan.ph/2017/05/29/mindanao-activists-protest-martial-law-atrocities-peace-talks-suspension/>
- U. A., 22.7.2017, BBC News: <http://www.bbc.com/news/world-asia-40690589>
- MILF, 25.5.2017, MindaNews: <http://www.mindanews.com/statements/2017/05/milf-official-statement-on-declaration-of-martial-law-in-mindanao/>
- Tan, 19.7.2017, CNN Philippines: <http://cnnphilippines.com/news/2017/07/18/Duterte-martial-law-Mindanao-extended-December-31-2017.html>
- U. A., 11.4.2017, The National: <https://www.thenational.ae/world/asia/nine-killed-after-abu-sayyaf-militants-attack-philippine-tourist-island-bohol-1.89486>
- U. A., 23.7.2017, Die Zeit: www.zeit.de/news/2017-07/23/konflikte-philippinisches-parlament-verlaengert-kriegsrecht-23135202
- Lasco, 1.7.2017, Inquirer.net: <http://opinion.inquirer.net/104447/many-voices-martial-law>
- Hans Seidel Stiftung, 9.6.2017, HSS: <https://www.hss.de/news/detail/kriegsrecht-im-sueden-der-philippinen-news695/>
- Hanna/McKirdy, 24.5.2017, CNN: <http://edition.cnn.com/2017/05/23/asia/philippines-mindanao-clashes-martial-law/index.html>
- Gavilan, 24.6.2017, Rappler: <http://www.rappler.com/nation/176566-full-text-president-rodriago-duterte-sona-2017-philippines>
- U. A., 24.5.2017, Interaksyon: <http://www.interaksyon.com/breaking-duterte-on-mindanao-martial-law-i-may-include-the-visayas-and-suspend-writ-of-habeas-corpus/>
- 1987 Verfassung der Republik der Philippinen: <http://hrlibrary.umn.edu/research/Philippines/PHILIPPINE%20CONSTITUTION.pdf>

Cayabyab, 19.7.2017, Inquirer.net: <http://newsinfo.inquirer.net/915242/look-dutertes-report-to-congress-requesting-martial-law-extension>

Espina-Varona, 25.7.2017, ABS-CBN News: <http://news.abs-cbn.com/blogs/opinions/07/25/17/blog-lumad-youth-faced-with-death-children-will-rise-up-against-tatay>

Adel, 4.7.2017, Philstar: <http://www.philstar.com/headlines/2017/07/04/1716337/sc-upholds-martial-law-declaration-mindanao>

Gita, 24.5.2017, Sunstar: <http://www.sunstar.com.ph/manila/local-news/2017/05/24/duterte-mindanao-martial-law-ill-be-harsh-543618>

LMY/Sunstar Philippines, 24.5.2017, Sunstar: <http://www.sunstar.com.ph/zamboanga/local-news/2017/05/24/mnlf-milf-told-not-worry-amid-martial-law-declaration-543634>

U. A., 1.3.2017, Philippine History: <http://www.philippine-history.org/martial-law-philippines.htm>

Ross, 24.7.2017, Human Rights Watch: <https://www.hrw.org/news/2017/05/24/philippine-president-duterte-summons-ghost-marcos>

Daguno-Bersamina, 3.9.2016, Philstar: <http://www.philstar.com/headlines/2016/09/03/1620056/duterte-declares-state-lawlessness-after-davao-blast>

Amnesty International, 7.11.2017, public statement Nr. ASA 35/6428/2017

Gita/Mondonedo-Ynot, 24.5.2017, Philstar: <http://www.sunstar.com.ph/manila/local-news/2017/05/24/duterte-may-expand-martial-law-visayas-luzon-543650>

Morallo, 26.6.2017, Philstar: <http://www.philstar.com/headlines/2017/06/26/1713790/marawi-siege-pintakasi-analyst>

EOF/PNA, 17.7.2017, Philippine News Agency: <http://www.pna.gov.ph/articles/1001210>

Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen (2017): Menschenrechtsbericht Philippinen

Anmerkungen

- 1 Placido, 24.7.2017, ABS-SBN News: <http://news.abs-cbn.com/news/07/24/17/im-not-like-marcos-duterte-says-no-to-nationwide-martial-law>
- 2 Vgl. U. A., 22.7.2017, BBC News: <http://www.bbc.com/news/world-asia-40690589>
- 3 Vgl. Hanna/McKirdy, 24.5.2017, CNN: <http://edition.cnn.com/2017/05/23/asia/philippines-mindanao-clashes-martial-law/index.html>
- 4 Vgl. Amnesty International, 7.11.17, Public Statement Nr. ASA 35/6428/2017
- 5 Vgl. 1987 Verfassung der Republik der Philippinen: <http://hrlibrary.umn.edu/research/Philippines/PHILIPPINE%20CONSTITUTION.pdf>
- 6 Vgl. Cayabyab, 19.7.2017, Inquirer.net: <http://newsinfo.inquirer.net/915242/look-dutertes-report-to-congress-requesting-martial-law-extension>
- 7 Vgl. Social Weather Station, 11.7.2017, sws.org: <https://www.sws.org.ph/swsmain/artclDisppage/?artcsyscode=ART-20170711185116>
- 8 Gita/Mondonedo-Ynot, 24.5.2017, Philstar: <http://www.sunstar.com.ph/manila/local-news/2017/05/24/duterte-may-expand-martial-law-visayas-luzon-543650>
- 9 Vgl. Lasco, 1.7.2017, Inquirer.net: <http://opinion.inquirer.net/104447/many-voices-martial-law>
- 10 Vgl. Nato, 12.7.2017, Inquirer.net: <http://newsinfo.inquirer.net/913278/public-support-for-martial-law-validates-afp-action-in-mindanao-padilla>
- 11 Vgl. Ross, 24.7.2017, Human Rights Watch: <https://www.hrw.org/news/2017/05/24/philippine-president-duterte-summons-ghost-marcos>
- 12 Vgl. Gavilan, 24.6.2017, Rappler: <http://www.rappler.com/nation/176566-full-text-president-rodrido-duterte-sona-2017-philippines>
- 13 Vgl. Enano, 22.7.2017, Philippine Daily Inquirer: <http://newsinfo.inquirer.net/916194/activists-press-for-release-of-arrested-martial-law-protesters>
- 14 Vgl. News Release, 29.5.2017, Bayan: <http://www.bayan.ph/2017/05/29/mindanao-activists-protest-martial-law-atrocities-peace-talks-suspension/>
- 15 Vgl. De Jesus/Cayabyab, 22.7.2017, Inquirer.net: <http://newsinfo.inquirer.net/916082/marawi-local-shares-harrowing-war-experiences-under-martial-law>
- 16 Vgl. Bayan, 7.6.2017, PRWC: https://www.philippinerevolution.info/ang_bayan/20170607-firmly-oppose-mindanao-martial-law/
- 17 Vgl. Gamil, 22.7.2017, Philippine Daily Inquirer: <http://newsinfo.inquirer.net/916172/chr-marawi-crisis-can-be-addressed-without-martial-law-extension>
- 18 Vgl. Nr. 15
- 19 Vgl. Nr. 5
- 20 »Lumad« ist ein Überbegriff für all jene indigene Gruppen auf Mindanao, die weder christlichen noch muslimischen Glaubens sind.
- 21 Espina-Varona, 25.7.2017, ABS-CBN News: <http://news.abs-cbn.com/blogs/opinions/07/25/17/blog-lumad-youth-faced-with-death-children-will-rise-up-against-tatay>

- 22 Vgl. Nr. 21
 23 Vgl. Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen (2017): Menschenrechtsbericht Philippinen
 24 Vgl. Nr. 21
 25 Vgl. Adel, 4.7.2017, Philstar: <http://www.philstar.com/headlines/2017/07/04/1716337/sc-upholds-martial-law-declaration-mindanao>
 26 Vgl. HSS.
 27 Pintakasi kann man mit »gemeiname Anstrengung« übersetzen. Dabei wird durch Familien- oder Gruppenangehörigkeit Verstärkung eingefordert.
 28 Vgl. Morallo, 26.6.2017, Philstar: <http://www.philstar.com/headlines/2017/06/26/1713790/marawi-siege-pintakasi-analyst>
 29 Vgl. Gavilan, 24.6.2017, Rappler: <http://www.rappler.com/nation/176566-full-text-president-rodrido-duterte-sona-2017-philippines>
 30 Vgl. MILF, 25.5.2017, MindaNews: <http://www.mindanews.com/statements/2017/05/milf-official-statement-on-declaration-of-martial-law-in-mindanao/>
 31 Vgl. LMY/Sunstar Philippines, 24.5.2017, Sunstar: <http://www.sunstar.com.ph/zamboanga/local-news/2017/05/24/mnlf-milf-told-not-worry-amid-martial-law-declaration-543634>
 32 Vgl. EOF/PNA, 17.7.2017, Philippine News Agency: <http://www.pna.gov.ph/articles/1001210>
 33 Vgl. U. A., 24.5.2017, Interaksyon: <http://www.interaksyon.com/breaking-duterte-on-mindanao-martial-law-i-may-include-the-visayas-and-suspend-writ-of-habeas-corpus/>
 34 Vgl. U. A., 11.4.2017, The National: <https://www.thenational.ae/world/asia/nine-killed-after-abu-sayyaf-militants-attack-philippine-tourist-island-bohol-1.89486>
 35 Vgl. Placido, Nr. 1
 36 Vgl. Avendano, 23.7.2017, Philippine Daily Inquirer: <http://newsinfo.inquirer.net/916431/de-lima-tells-solon-national-martial-law-dont-play-with-peoples-lives>



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das **philippinenbüro e. V.** verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und von



Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Die Autorin

Anne Krahnstöver studiert Politikwissenschaft an der Universität Bonn.

Impressum

V. i. S. d. P.:

Lilli Breiningen | **philippinenbüro e.V.**
 Hohenzollernring 52 | 50672 Köln | Germany

Tel.: 0221–71 61 21–0

Email: philippinenbuero@asienhaus.de

Web: <http://www.philippinenbuero.de>

Gesamtausstattung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH

(<http://www.k-mw.de>)